

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Allerwertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5gepaltene Petitseite oder deren Raum 15 Pfg., die 3gepaltene Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für zeitliche Übergabe unentgeltlich geschiebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Vollzugsgebühr: 10. — M. das Teufelnd, zuzüglich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 78

Donnerstag, den 6. Juli 1933

35. Jahrg

„Helf uns retten!“

Hilfsaktion für die Deutschen in Rußland.

Berlin, 5. Juli.

Die im Reichsausschuß „Wälder in Not“ zusammengeschlossenen völkischen und kirchlichen Verbände erlassen einen Aufruf, in dem auf die Hungertatrasche in der Sowjetunion hingewiesen wird, in die 1 1/2 Millionen deutscher Völkchen und Glaubensgenossen mit hineingezogen sind. Schreckt die treuesten und tüchtigsten deutschen Deutschen würden von der Hungerpest dahingerafft.

Es heißt dann:
„In unbearbeiteter Irene zu unserem Volkstum wenden wir uns an das gesamte deutsche Volk mit dem Ruf: Helft uns retten, es ist zu spät. Wir dürfen unsere Volksgenossen nicht der Vernichtung preisgeben.“
Jeder Deutsche beweist die Verbundenheit mit seinen Brüdern, die in Not und Tod verfallen, durch ein Opfer für die allgemeine Volkssammlung. Alle Spenden fließen auf das Postfachkonto „Wälder in Not“, Berlin 85 000.

Im Namen der schmerzlichen Nächstenliebe und der Menschlichkeit rufen wir unsere Freunde in aller Welt auf, teilzunehmen an Rettungswert für die hungersenden Millionen in Rußland.

Den Hungertod vor Augen

Auf einem Presseempfang des Reichsausschusses für das Deutschtum im Ausland wurden ersichtliche Mitteilungen über die Lage des Deutschtums in Rußland gemacht. Geheimrat C. E. in o. w. betonte, daß von allen in der Sowjetunion vereinigten Völkern die deutsche Nationalität durch den Bolschewismus kulturell und wirtschaftlich am schwersten getroffen sei. In diesen Jahren steht Rußland vor einer totalen Hungersnot, deren Gründe in der Raubwirtschaft der letzten fünfzehn Jahre liegen. Der Bauer flüchtet in die Städte, um sich vor den Verhungern zu retten und dort finden sich überall die Deutschen als Minderheit einer ebenso hungersnot zwangsjährig überlegenen Mehrheit aller anderen Nationalitäten gegenüber.

Die Not der Deutschen in Rußland sei so groß, daß sie durch Repräsentanten der Sowjetregierung kaum noch vergrößert werden könne. Wir brauchen deshalb nicht zu fürchten die Lage unserer Volksgenossen zu verschlimmern, wenn wir in einem gewissen Propagandabesitzung zu ihren Gunsten eintreten.

Professor Dr. C. G. in o. w. schilderte dann seine Eindrücke und Erlebnisse in Sowjetrußland, die gewaltige Hungersnot, die schon im Dezember einsetzte. Immer dringlicher würden die Schwierigkeiten der deutschen Kolonisten. In manchen der östlichen Dörfer sei schon ein Viertel der Bevölkerung Hungers gestorben. Bei vorfristiger Schätzung seien in den letzten Monaten rund 100 000 deutsche Kolonisten in Sowjetrußland verhungert. Wenn nicht sofort umfassende Hilfsmaßnahmen getroffen werden, müsse das gesamte Rußland-Deutschtum untergehen. Die Zahl der nach Sibirien verbannten deutschen Kolonisten schätzte der Redner auf 70 000, die dort in über hundert Lagern langsam vernichtet würden.

„Parlament wird weiterbestehen . . .“

. . . aber in veränderter Form und Art.

Auf einem staatspolitischen Abend sämtlicher Beamten, Angestellten und Lohnempfänger der Verwaltung des preussischen Landtags hielt der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Schulze-Wachungen ein bedeutungsvolles Referat über „Das deutsche Volkstum, die Grundlage des neuen Staates“. Er unterstrich die Verbundenheit des deutschen Volkes mit dem deutschen Boden und die hohe Bedeutung der Aufgabenfrage für das deutsche Volkstum. Beide wichtiger Grundzüge seien einer der Ausgangspunkte für den nationalsozialistischen Staatsaufbau.

Was die besonderen Belange der Parlamentsbeamten betrifft, so sei zu sagen, daß Parlamentarismus in der alten Form zwar erledigt sei, daß aber das Parlament weiterbestehen werde, wenn auch in ganz veränderten Formen. Es werde die Aufgabe haben, an Stelle von leeren Worten tatsächliche Arbeit zu leisten, die allerdings nur bei zehnfach geringer bestanden Parlamenten möglich sei.

Die Beamten-Gewaltungsleiter Gesellschaft gab feinstens besonderen Befriedigung über den nationalsozialistischen Charakter der Legation. Ausdruck, daß sie, Angestellte und Arbeiter gemeinsam eingeladen hatten. Für die NS-Beamten-Gruppe beim preussischen Landtag applaudierte deren Leiter, Registrar Keil, an die Teilnehmer, sich an der Arbeitspende zu beteiligen.

Bayerische Volkspartei aufgelöst

Erklärung des Grafen Quadt-Isny.

München, 5. Juli.

Der ehemalige Staatsminister und Reichstagsabgeordnete Eugen Graf Quadt-Isny gibt eine Erklärung bekannt in der er u. a. heißt:

„Im Benehmen mit der bayerischen Staatsregierung erkläre ich als Bevollmächtigter der Landesparlamentarier der Bayerischen Volkspartei, daß mit dem heutigen Tage jede

Tätigkeit der BVP. aufgehört hat und ihre Mitglieder aus dem Parteiverhältnis zur Partei entlassen sind. Die Partei ist praktisch damit aufgelöst.

Durch die nationalsozialistische Revolution gibt es außerhalb der NSDAP. keine politische Wirkungsmöglichkeit mehr. Es ist deshalb für jeden bisherigen Angehörigen der BVP. der Weg frei, unter der unmittelbaren Führung Adolf Hitlers am Aufbau des neuen Deutschland mitzuwirken.

Graf Quadt hat seine Aufnahme in die NSDAP. beantragt und gleichzeitig um Aufnahme als Hospitant in die nationalsozialistische Reichstagsfraktion gebeten. Außerdem forderte er diejenigen Mandatsträger der bisherigen Bayerischen Volkspartei, die für einen solchen Schritt in Frage kommen dürften, auf, seinem Beispiel Folge zu leisten oder durch Mandatentledigung den Ermahnungen die gleiche Möglichkeit einzuräumen.

Es sinkt die letzte Säule . . .

heute Zentrumsenfcheidung zu erwarten.

Berlin, 5. Juli.

Es dürfte nunmehr heute mit der endgültigen Entscheidung über die Auflösung der Deutschen Zentrumspartei zu rechnen sein.

Die Fassungnahme mit den führenden Männern der NSDAP. ist soweit gediehen, daß ein Abkommen vorbereitet werden konnte, durch das den positiv tätigen Kräften der bisherigen Zentrumspartei auch weiterhin eine politische Betätigung ermöglicht werden kann. Der mit allen Vollmachten ausgestattete Reichsleiter des Zentrums, Reichskanzler a. D. Dr. Brüning, dürfte daher morgen die Auflösung der Deutschen Zentrumspartei verkünden.

Da inzwischen auch die Deutsche Volkspartei sich aufgelöst hat, sind mit der Auflösung der Deutschen Zentrumspartei sämtliche politischen Parteien neben der NSDAP. von der Reichsfläche verschwunden.

66 Millionen Einwohner

Die ersten Volkszählungsergebnisse.

Nach den schon im Statistischen Reichsamt zusammengestellten vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung vom 16. Juni 1933 beträgt die ortsanwesende Bevölkerung des Deutschen Reiches ohne Saargebiet 65,3 Millionen Einwohner.

Zusammen mit den rund 830 000 Einwohnern des Saargebietes, in dem wegen der vorübergehenden Costrennung von der deutschen Verwaltung nicht gezählt werden konnte, befreit sich die Reichsbevölkerung auf 66,1 Millionen Einwohner.

Dieses Ergebnis bleibt um rund 1,7 Millionen hinter der Einwohnerzahl des Deutschen Reiches vor dem Kriege zurück (67,8 Millionen im alten Bestandsstand des Reiches).

Gegenüber der Zählung vom 16. Juni 1925 hat die Reichsbevölkerung (ohne Saargebiet) um rund 2,7 Millionen zugenommen.

Von der Gesamtbevölkerung entfallen 31,7 Millionen auf das männliche und 33,3 Millionen auf das weibliche Geschlecht. Der absoluten Bevölkerungszahl nach ist Deutschland nächst Rußland der volkreichste Staat Europas.

Gefährliche Personalausweise

Verbrecher als Kriminalbeamte und Geheimpolizisten.

Berlin, 5. Juli.

Der Amliche Preussische Pressedienst teilt mit: Es hat sich herausgestellt, daß gefährliche Personalausweise des Geheimen Staatspolizeiamtes in erheblicher Anzahl verbreitet worden sind, mit denen Personen, die sich fährlich als Kriminalbeamte oder Geheimpolizisten ausgeben, in verbrecherischer Absicht Mißbrauch treiben.

Zur Vermeidung von Verwechslungen des Publikums wird darauf hingewiesen, daß die Kriminalpolizeibeamten sich in erster Linie durch Vornehmung der amtlichen Marke des Kriminalbeamten zu legitimieren haben, und daß den fährlichen Personalausweisen nur in Verbindung mit dieser Marke Gestalt und Glaubwürdigkeit beizumessen ist.

Im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit wird das Publikum dringend gebeten, in Zweifelsfällen unbedingt die ordentlichen Polizeibehörden anzurufen und sofort Anzeige zu erstatten, sobald Fälle bekannt werden, in denen mit gefährlichen Personalausweisen Mißbrauch getrieben wird.

Das neue Reichsbeamtengefeß

Nichtarier sind ausgeschlossen.

Ein neues Geß zur Aenderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts ist veröffentlicht worden. Das Geß enthält in dreizehn Kapiteln und achtzig Paragraphen einschneidende Bestimmungen, die in wesentlichen Punkten das bisherige Beamtenrecht ändern.

Das Beamtenverhältnis wird von der Ausbändlauns

seiner Urkunde abhängig gemacht. Als Reichsbeamter darf nur berufen werden, wer die für seine Laufbahn vorgeschriebene oder fährliche Vorbildung oder sonstige Erlaubnis für das ihm zu übertragende Amt besitzt und die Gemüßhaftigkeit, daß er jederzeit tüchtlos für den nationalen Staat eintritt.

Wer nicht arischer Abstammung oder mit einer Person nicht arischer Abstammung verheiratet ist, darf nicht als Reichsbeamter berufen werden. Reichsbeamter arischer Abstammung, die mit einer Person nicht arischer Abstammung die Ehe eingegangen, sind zu entlassen.

Wer vor dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen als Beamter in den Reichsdienst berufen worden ist, ist Reichsbeamter im Sinne des Reichsbeamtengeßes, auch wenn er die obengenannten Urkunde nicht erhalten hat.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, die Reichsbank und die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften sind ermächtigt, geordnete Vorrichtungen zu erstellen.

Weibliche Personen dürfen als planmäßige Reichsbeamte auf Lebenszeit erst nach Vollendung des 35. Lebensjahres berufen werden. — Das Geß über die Rechtsstellung der weiblichen Beamten vom 30. Mai 1932 erhält u. a. folgende Fassung:

Die vorgesehene Dienstbehörde hat die Entlassung auch ohne diesen Antrag zu verfügen, wenn die wirtschaftliche Verjorgung des weiblichen Beamten nach der Höhe des Familieneinkommens dauernd gefährdet erscheint. Diese Voraussetzung liegt stets dann vor, wenn der Ehemann unfähig angestellter Beamter ist.

Beschlüsse des Reichskabinetts

Berlin, 5. Juli.

Das Reichskabinetts hat beschlossen, das vom Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda vorgelegte Geß über Vermittlung von Ausnahmeführungsrechten. Im Anschluß hieran fand eine eingehende Aussprache über allgemeine politische, wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen statt.

Die Eingliederung des Stahlhelm

Dem Beehl der Obersten SA-Führung unterstellt.

Berlin, 5. Juli.

In der parteiamtlichen, vom Führer der NSDAP. erlassenen Verordnung über die Eingliederung des Stahlhelm wird u. a. ausgeführt:

Der gesamte Stahlhelm tritt unter den Beehl der Obersten SA-Führung und wird nach ihren Richtlinien neu geordnet.

Der Jungstahlhelm und die Sporteinheiten werden durch die Stahlhelmdienststellen auf Beehl der Obersten SA-Führung entsprechend den Gliederungen der SA neu zusammengefaßt.

Diese Umstellung muß bis zu einem Zeitpunkt beendet sein, den die Oberste SA-Führung nach Bestimmung für die übrigen Teile des Stahlhelm gibt der Bundesführer die erforderlichen Befehle.

Als Zeichen der Verbundenheit des Stahlhelm mit der nationalsozialistischen Bewegung tragen die Teile des Stahlhelm die folgende Armbinde mit schwarzem Sanktenz auf weissem Grund:

Dem Jungstahlhelm und den Sporteinheiten verleihe ich als einem Teil meiner SA, deren Armbinde und das in der Nähe zwischen den Kordaken zu tragende Sportschilde abgeben.

Stahlhelmstudenten und NSDAP

Berlin, 5. Juli.

Die NSDAP. veröffentlicht eine Vereinbarung, die zwischen dem Stahlhelm-Studentenrat Langemann und dem NSDAP-Studentenbund getroffen worden ist. In der Vereinbarung heißt es u. a.:

Der Stahlhelm-Studentenrat Langemann interfeßt sich zum nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund. Die Ratelobung wird als Führer des Stahlhelmdenkmaltragers Langemann in die Bundesleitung des NSDAP. berufen. Die vom Bundesführer des Stahlhelm angeordnete Aufnahmeperiode gilt innewegig und für die gleiche Zeitdauer für den Stahlhelm-Studentenrat Langemann.

Nachdem der Einbau des Stahlhelm in die NSDAP. vollzogen ist, haben die Regierungspräsidenten der Reichspröinz im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten die am 20. Juni für ihren Bezirk angeordnete Auflösung der Stahlhelmformationen mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Ergebnis der Volkszählung in Preußen

Falt 40 Millionen Einwohner.

Berlin, 5. Juli.

Wie der Amliche Preussische Pressedienst mittelt, betrug nach der Volkszählung im Juni 1933 die Gesamtzahl der ortsanwesenden Bevölkerung in Preußen 39 955 073. Davon waren männlich: 19 448 340, weiblich: 20 506 733.

Bei der Volkszählung im Jahre 1925 hatte die Gesamtzahl der preussischen Bevölkerung 38 241 253 betragen.

Bereinigung der Maklerschaft

Berlin, 5. Juli.

In Fortführung der großen Börsenreform ist eine grundlegende Bereinigung bei den Maklern der Berliner Börse angeordnet worden. Die Regierung kann es nicht länger dulden, daß sich unter den Berliner Börsenmaklern Elemente befinden, die nach Herkunft, Gesinnung und Betätigung nicht an die Börse gehören. Es wird daher ein radikaler Schritt vorgenommen.

Am 30. September 1933 erfolgen sämtliche Börsenzulassungen der Berliner Börse. Wiedereingelassen werden nur diejenigen Personen, welche die erforderlichen moralischen und fachlichen Vorbereitungen erfüllen. Es werden somit in Zukunft an der größten deutschen Börse nur solche Makler tätig sein, die von einem Zulassungsausschuß als ehrenhafte und vertrauenswürdige Kaufleute anerkannt worden sind.

Diejenigen, die den Zulassungsbedingungen nicht entsprechen und aus der Börse ausscheiden, erhalten selbstverständlich keinerlei Entschädigung.

Das kirchliche Verfassungswert

Wehrkreispfarrer Müller über das Gebot der Stunde.

Berlin, 5. Juli.

Der Bevollmächtigte des Reichstanzlers für die Neuordnung der Kirche, Wehrkreispfarrer Müller, äußerte sich gegenüber einem Pressevertreter über die kirchliche Lage:

„Das wichtigste ist“, so führte er aus, „im Augenblick die neue Verfassung der Kirche, die Verfassung der neuen Deutschen Evangelischen Gesamtkirche. Aber dieses große Werk, das in Kürze gelingen muß, ist gering und beinahe unansehlich, verglichen mit der ungeheuren, geradezu unvorstellbaren Aufgabe, die sich Kirchenorganisationen in den lebendigen Gliedern zu gewinnen, das kirchlich-fremde Volk organisch neu zu gestalten.“

Wer diese Aufgabe sieht und ernst nimmt, muß sich innerlich hinter die Arbeit des nimmer zusammengehörigen Verfassungsausschusses für die Deutsche Evangelische Gesamtkirche stellen. Nur in gemeinsamer Zusammenarbeit kann edles Vertrauen entstehen. Das brauchen wir zum Wobis des Kirchenfortschritts jetzt am allernotwendigsten.“

Dr. Thyssen Führer des Langnam-Bereins

Düsseldorf, 5. Juli.

Der Vorsitzende des Vereins zur Wahrung der gemeinschaftlichen Interessen der Rheinprovinz und Westfalens (Langnam-Berein) und der Nordwestlichen Gruppe, Dr. Fritz Springorum, ist von seinem Amte zurückgetreten. Sein Nachfolger ist Dr. Fritz Thyssen. Gleichzeitig ist auch der erste Geschäftsführer, Dr. Max Schlenker, aus seinem Amte geschieden.

Befehung des SS-Mannes Landmann

Braunschweig, 5. Juli.

Unter tiefer Beteiligung der gesamten Bevölkerung fand die feierliche Befehung des in der Nacht zum Freitag von Kommunisten erschossenen SS-Hilfspolizeamten Gerhard Landmann mit einem Staatsgebirgsstahl. Reichsstatthalter Doepfer sprach am Sarge einen Nachruf.

Der „Reichsbote“ stellt sich um

Berlin, 5. Juli.

Die seit Jahrzehnten in Berlin erscheinende evangelische Tageszeitung „Der Reichsbote“ wird sich in Zukunft vollkommen in den Dienst der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ stellen.

Dr. Goebbels weiht Fachschaftsfahnen

In einer feierlichen Feier wurden im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda vier Fahnen der Fachschaften durch Reichsminister Dr. Goebbels geweiht. Dr. Goebbels wies darauf hin, daß der Nationalsozialismus nicht eine Privatlehre sei, die man abends nach dem Dienst ausübt, sondern der Nationalsozialistische Dienst beginne am frühen Morgen und ende am letzten Abend.

Die Stimmen der Vergangenheit.

Original-Kriminalroman von Hans Walter Schmidt.

(Nachdruck verboten.)

Am nächsten Tage begann er sofort nach Geschäftsschluß, also nach Nennung der Paul durch die Ungeliebten, seine Unternehmung des Raumes, indem das Verbrechen begangen worden war.

Er mußte wohl alles sehr sorgfältig prüfen, denn er verzeigte volle drei Stunden in dem Kontor.

Herr Bertold war nicht zugegen. Er kümmerte sich überhaupt nicht viel um den Detektiv. Die ganze Sache schien ihn wenig oder gar nicht zu interessieren. Er dachte wohl, nachdem so viele kostbare Zeit verloren gegangen, sei doch nichts mehr auszurufen.

„Nun, haben Sie etwas gefunden, Herr Bertold?“ Mit dieser Frage empfing eines Tages der junge Bertold von Detektiv in des letzten Wohnung, in welcher er sich auf des Kriminalistens Besichtigung hin eingefunden, aber bisher bereits eine Viertelstunde lang auf das Erscheinen des Bewohners desselben gewartet hatte.

„Entschuldigen Sie, Herr Bertold“, entgegnete jener und tat, als habe er besten Frage gar nicht gehört, „entschuldigen Sie gütigst, daß ich Sie so lange habe warten lassen. Aber der Motor des Autos, das ich Ihnen bestellte, verfiel an der Ecke der Straße. Umsonst, was? Schär-arangensch! Wenn man einmal eine hat, dann läuft so ein alter Kasten nicht einmal ordentlich. Das ist Schicksalstüdel!“

Er setzt sich dem jungen Manne gegenüber, doch in der Weise, daß jener, wollte er ihn sehen, eine halbe Wendung mit seinem Kopfes ausführen müsse, was er nicht wollte. Seine Figur in das volle, durch das hohe Fenster hereinfallende Licht gerückt wurde, während Detektiv gefächelt mit dem Schatten des Tages genommen hatte.

„Sie wollen wissen, wie weit ich in meinen Nachforschungen gekommen bin, fuhr der Detektiv dann ruhig fort, jetzt selber dieses Thema ansprechend, „erlauben Sie mir, darüber noch ein wenig zu schweigen. Es ist nämlich eine unersetzbare Angelegenheit von mir, nicht eher zu sprechen, als bis der Kasten entwirrt, das Rätsel vollständig gelöst und — der Schuldige inhaftiert gemacht worden ist.“

Der Kampf ums Gold

England lehnt die Entschärfung der Goldwährungsänderung ab.

London, 4. Juli.

MacDonald hat den Vertretern der Goldstandardländer mitgeteilt, daß Großbritannien sich ihrer Erklärung über den Goldstandard ohne Amerikas Teilnahme nicht anschließen kann. Gleichzeitig hat der Premierminister gesagt, daß eine Erklärung Großbritanniens für die gegenwärtig die Zustimmung der Dominien nachdrücklich werde.

Auf der Weltwirtschaftskonferenz gab der amerikanische Staatssekretär Hull eine Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Roosevelt, bekannt, die die Frage der Währungsstabilisierung recht ablehnend behandelt. In der Erklärung heißt es u. a.:

„Ich würde es als eine Katastrophe betrachten, die einen Weltkrieg gleichmäßig, wenn sich die große Konferenz der Nationen, die einberufen wurde, um allen Nationen größeren Wohlstand zu geben, durch ein Experiment, das nur die Währungen einiger Nationen betrifft, von ihrer Aufgabe ablenken lassen würde.“

Unter großes Ziel ist die dauernde Stabilisierung der Währungen aller Nationen. Wenn die Welt festumrissene Pläne für die Mehrheit ihrer Nationen ausarbeitet, um ausgeglichene Staatshaushalte zu erhalten und innerhalb ihrer Mittel zu leben, dann können wir die bessere Verteilung von Gold und Silber als Belohnung für die nationalen Währungsreformen.

Erklärung der Goldstandardländer

Die Goldstandardländer Belgien, Frankreich, Holland, Italien, Polen und die Schweiz haben eine Erklärung in der Frage der Aufrechterhaltung des Goldstandards abgegeben, die lautet:

In der Überzeugung, daß die Aufrechterhaltung dieser Währungen für die wirtschaftliche und finanzielle Wiederherstellung der Welt, für die Wiederaufnahme des Kredit und für die Sicherstellung der in ihren Ländern erreichten sozialen Fortschritte wesentlich ist und formell ihren Willen bekräftigend, ein freies Funktionieren des Goldstandards in ihren Ländern zu den gegenwärtig geltenden Goldparitäten und im Rahmen der bestehenden Gesetze aufrecht zu erhalten, fordern die unterzeichneten Regierungen ihre Zentralbanken auf, in engem Kontakt zu bleiben, um der gegenwärtigen Erklärung des Höchstmaß der Wirksamkeit zu verhüten.

MacDonald in Rößen

Stimmung für Verlegung der Konferenz.

London, 5. Juli.

Das kleine Büro der Weltwirtschaftskonferenz hat sich vertagt und beschloßen, eine Vertagung der Konferenz sowie die Abhaltung einer Volltagung am heutigen Donnerstag zu empfehlen. Die Arbeiten der Interkommision, die noch vor Nutzen seien, sollen zunächst fortgesetzt werden.

Wie verlautet, erhebe eine Vertagung der Konferenz augenblicklich unermesslich. Das Büro wolle aber weiterbestehen bleiben, um den Konferenzapparat intakt zu erhalten.

Auf der Suche nach neuen Lösungen?

In Konferenzkreisen ist man der Ansicht, daß die nächste Sitzung des Büros sehr lange dauern werde, da MacDonald gegen eine sehr starke Stimmung zugunsten einer Vertagung werde antämpfen müssen.

Um eine Vertagung der Konferenz zu vermeiden, werde er mehrere Pläne für eine Fortführung der Konferenz ausarbeiten, die entweder auf einem gänzlich abgeänderten Programm oder aber auf dem ursprünglichen Programm beruhen, das dann mit einer besonderen Klausel zu versehen sei. Diese Klausel lese vor, daß die zu lassenden Beschlüsse erst nach der endgültigen Stabilisierung der Währungen zu einem nicht näher gekennzeichneten Zeitpunkt nach dem Ende der Konferenz in Kraft treten.

Das Ergebnis von Warschau

Auch Polen wünscht Zusammenarbeit.

Die Danziger Repräsentanten, Senatspräsident Dr. Raufsching und Senatsvizepräsident Greiser, sind aus War-

schau wieder zurückgekehrt. Der Senatspräsident äußerte sich vor den Vertretern der Presse durchaus befriedigt über den Verlauf, der die Schaffung einer fremdländiger Anleihe zwischen Danzig und Polen bezweckt habe. Dieses Ziel sei erreicht worden. Man könne deshalb hoffen, daß man in Zukunft leichter zu solchen Verhandlungen kommen werde. Noch im Sommer sei ein polnischer Gegenbesuch zu erwarten.

Bei dem Bankett, das die polnische Regierung gab, betonte der polnische Finanzminister, daß auch die polnische Regierung den Wunsch nach Zusammenarbeit habe.

Senatspräsident Dr. Raufsching erklärte in seiner Erweiterung, daß die Danziger Regierung es für ihre vorrangigste und unaufschiebbare Aufgabe erachte, an ihrem Teil zu einer fremdländiger Verbindung und Verständigung mit allen denen beizutragen, die von demselben guten Willen befeuert seien.

Zusammenfassend ist zu dem Besuch der Danziger Regierung in Warschau festzustellen, daß die Danziger Regierung den Beweis ihrer Bereitschaft erbracht hat, aus dem Danziger Pulverfaß den Zündstoff zu entfernen.

Man erwartet in Danzig, daß die polnische Regierung unter Anerkennung des deutschen Charakters und der Eigenstaatlichkeit der freien Stadt Danzig auch zu ihrem Teil dazu beiträgt, daß dieses Ziel erreicht wird.

Polen und der Ostpakt

Eine Erklärung des polnischen Außenministers.

Warschau, 5. Juli.

Die Definition des Angreifers in dem von den großen Ostpakt geschlossenen Abkommen hat Außenminister Dzierżyski dem polnischen Parlament eine Erklärung zur Verfügung zu stellen, in der es u. a. heißt:

„Das Abkommen über die Definition des Angreifers bezieht sich als einen schiedsrichterlichen Akt. Der geographische Bereich dieses Abkommens charakterisiert am besten die eigentliche politische Bedeutung.“

Für die Außenpolitik Polens ist dieses Abkommen die logische Folge einer Reihe von politischen Fakten, auf deren Grundlage sich die polnisch-sowjetischen Beziehungen immer günstiger gestalten. Mit Rücksicht auf das Bündnis, das uns mit Rumänien verbindet, wie auch mit Rücksicht auf die polnisch-sowjetischen Beziehungen ist die Unterzeichnung des Dokumentes gemeinsam mit Polen für uns Ursache einer besonderen Befriedigung.“

Liquidation des Jungdeutschen Ordens

Der Jungdeutsche Orden teilt mit:

„Auf Grund der Verbote in den meisten deutschen Ländern und der politischen Entwicklung der letzten Tage sind Verhandlungen zwecks Liquidation der Organisation Jungdeutscher Orden e. B. eingeleitet worden.“

Die Niederlage der Saaraufkommnisse

Genauiger Sieg der NSDAP.

Saarbrücken, 4. Juli.

Die Gemeindevorhaben im Warndt (Saargebiet), die in Folge der vor den letzten Wahlen erfolgten Ungültigkeitserklärung der separatistischen Liste auf Anordnung der Regierungskommission in drei Distrikten am Sonntag erneut abgehalten wurden, haben zu einer vernichtenden Niederlage sowohl dieser sogenannten „Unabhängigen Liste“ wie auch der Sozialdemokraten geführt.

Trotzdem gerade diese beiden Gruppen im Saargebiet neuerdings ihre Presseapparate in weitgehendem Maße ausgebaut hatten, ist es ihnen nicht gelungen, trotz unerhörtester Propaganda und anderer Druckmittel, außer einen Sitz in Ludweiler igendwelche Siege zu erlangen.

Das Wahlergebnis

Bei den Gemeindevorwahlen in Ludweiler Warndt haben die Nationalsozialisten einen starken Stimmenzuwachs erfahren.

NSDAP, 768 Stimmen, 8 Sitze (bisher 50 Stimmen) (bisher 50 Sitze), Kommunisten 841 Stimmen, 9 Sitze (bisher 887 Stimmen, 11 Sitze), Kommunistische Opposition 274

„Ich spreche im vollsten Ernst, Herr Bertold, und habe meine Bestreife nach nicht im mindesten eingekürzt“, entgegnete der Detektiv lächelnd, „Nächste Woche schon schaumen ich über den großen Teich!“

„Wenn Sie derart meine innersten Gedanken — ich bitte übrigens um Vergebung — richtig erraten können, dann dürfte man es Ihnen wohl auch zutrauen, ohne große Vorbereitungen einmal nach Amerika überzulaufen“, sagte der junge Mann und blickte auf die Lippen. Es wärmte ihn einmalmal, daß er seine Augen so wenig in der Gewalt gehabt hatte. „Sie werden Ihre Gründe dazu haben.“

„Ganz triftige sogar, Herr Bertold“, sagte Detektiv. „Ich werde mich dorthin begeben, wo Sie auch schon einmal gewesen sind.“

„Wo? — Wo? — Etwa in Amerika?“

„Allerdings! In Kalifornien!“

„Ich war nie in Kalifornien, Herr Detektiv — unmöglich!“ Ich habe dieses Land nie mit Augen gesehen.“

„Mit den Augen wohl, doch nicht mit dem Geiste“, entgegnete Detektiv ruhig, „denn ein einjähriges Kind besitzt die dazu nötige Auffassungsgabe. Es kann noch nicht unterscheiden, ob es Japan oder China ist.“

Bertold schüttelte verständnislos den Kopf. „Ihren Scherzstück in Ehren, Herr Detektiv“, sagte er dann sängernd, „aber diesmal — nehmen Sie es mir nicht übel! — befinden Sie sich ganz gründlich auf dem Solwege.“

Jener lächelte, wie es schien, sehr befriedigt und entgegnete fastlich:

„Es ist alles so, wie ich gesagt habe. Sie können sich darauf verlassen. Wenn Sie wünschen, schwöre ich Ihnen jede „Unaufrichtigkeit“, nurmerte Detektiv Bertold, „Sie wissen dann allerdings mehr von mir als ich selbst.“

Der Kriminalist nickte. „Das könnte stimmen, Herr Bertold“, stimmte er dem jungen Mann bei. „Ihre Familienverhältnisse ist Ihnen wohl in diesem Punkte unbekannt geblieben?“ Des Detektivs Augen richteten sich bei dieser Frage mit etwas mehr als gewöhnlicher geschäftlicher Anteilnahme auf seines Klienten Antlitz.

(Fortsetzung folgt.)

Stimmen, 2 Sitze (bisher 401 Stimmen, 6 Sitze), Bürgerliche Vereinigung (Volkspartei, Wirtschaftspartei und Zentrum) 360 Stimmen, drei Sitze (bisher 568 Stimmen, 4 Sitze), Unabhängige Bürgerpartei (Autonominen) 131 Stimmen, 1 Sitz (bisher keine Sitze), SPD, kein Sitz (bisher 1 Sitz).

Zusammenschluß der Bauvereine
Durch Verfügung der Reichsfinanzminister Dr. Wagners und Müllers werden sämtliche bestehenden Bauvereine aufgelöst und liquidiert. Der Zusammenschluß aller deutschen Bauvereine soll in der neu zu gründenden „Reichsgemeinschaft der Deutschen Bauvereine“ erfolgen. Der Vorsitz des Verwaltungsrates hat der preussische Finanzminister über übernommen. Alle in Genossenschaftsform gebildeten Bauvereine werden in dem Revisionsverband Deutscher Bauvereine e. V. zusammengeschlossen.

Kommisare für Landwirtschaftskammern
Ernennung durch den preussischen Landwirtschaftsminister Darré.

Berlin, 4. Juli.
Der preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Darré, hat nach erfolgter Aufzählung der preussischen Landwirtschaftskammern mit der zeitweiligen Verwaltung der Kammern folgende Persönlichkeiten beauftragt: in Cottin: den Bauerngutsbesitzer Woborn-Wülfers, M. d. L.; in Berlin: den Bauerngutsbesitzer Wendt-Jerms, M. d. L.; in Schneidemühl: den bisherigen Kammerverordnenden Bauerngutsbesitzer Manthey-Gurien; in Breslau: den bisherigen Kammerverordnenden Rittergutsbesitzer Schneider-Gersdorf, M. d. R.; in Oppeln: den Gutsbesitzer Slawik-Blaschewitz, M. d. L.; in Halle a. S.: den bisherigen stellvertretenden Kammerverordnenden Landwirt Wipper-Ummendorf; in Kiel: den Landwirt Strunne-Deitzsch, M. d. L.; in Hannover: den Rittergutsbesitzer von Woborn-Rhoden, M. d. R.; in Rinteln: den Landwundpräsidenten Meißner-Wasserkurt, M. d. L.; in Kassel: den Landwirt Seidler-Landershausen; in Wiesbaden: den Gutsbesitzer Meß-Röbberhof, M. d. L.; in Bonn: den Hofbesitzer Luyten-Weleward, M. d. R.; in Sigmaringen: den bisherigen Kammerverordnenden Landwirt Stehle-Bittelborn, M. d. R.; für die Hauptlandwirtschaftskammer in Berlin: den Hauptabteilungsleiter für die bäuerliche Selbstverwaltung, Dr. Krümler-Berlin, Hofenplatz 4.

Dakuntenerzeichnung in London

London, 5. Juli.
In London ist jetzt ein weiterer Schritt zur Definition des Angreifereinsatzes durch England und andere Staaten erfolgt. Der Text ist bereits mit der des am Vortage nach Russland und seinen Nachbarstaaten unterzeichneten Paktes. Danach ist als Angreifer der Staat anzusehen, der folgende Handlungen ausführt: Kriegserklärung an einen anderen Staat; bewaffneter Einmarsch in ein anderes Staatsgebiet auch ohne förmliche Kriegserklärung; militärischer Angriff gegen Gebiet, Flotte oder Luftflotte eines anderen Staates auch ohne vorhergehende Kriegserklärung; Blockade der Küsten und Häfen eines Staates; Unterwerfung bewaffneter Kräfte, die auf seinem Gebiet gebildet wurden und in das Gebiet eines anderen Staates eingedrungen sind. Die Unterzeichnung wird als ein Schritt zur Anerkennung der Sowjetunion durch Rumänien und die Tschekoslowakei angesehen, die bisher keine Beziehungen zu Russland unterhalten. Der Beitritt zu dem Ueberernehmen steht allen Staaten offen.

Entscheidung um 24 Stunden verzögert

London, 5. Juli.
Das Büro der Konferenz hat sich nach einer etwa einwöchigen Sitzung auf heute vertagt.
Die Verhandlung der Sitzung des Konferenzbüros soll folgende dringende Vorklären seitens der amerikanischen Delegierten erfolgt sein. Es verriet, daß die Amerikaner noch immer auf eine weitere Mitteilung von Präsident Roosevelt hoffen. Staatssekretär Hull betonte, daß Amerika gegen eine Vertagung der Konferenz sei.

Zwölf Tote in Reddinghausen

Explosionsursache noch völlig unklar.

Essen, 5. Juli.
Das furchtbare Explosionsunglück auf der Zeche „Blumenhal III“ hat zwei weitere Todesopfer gefordert. Von den ins Annapflichterkrankhaus eingeliegerten Schwerverletzten sind der 40 Jahre alte Schnappe Hermann-Bredow und der 15jährige Jungknabe Holtzendorfer ihren schweren Verbrennungen erlegen. Die Zahl der Todesopfer beträgt somit zwölf.

Im Krankenhaus befinden sich noch vier Verunglückte. Bei verstorbenen von ihnen ist der Zustand überstet bedenklich. Die von dem Unglück betroffene Schichtarbeiter gehört zur staatlichen Bergwerks-M.G. Reddinghausen. Die Ursache des fluchtigen Unfalls ist noch völlig unklar. Man nimmt an, daß es sich um eine Kohlenstaubexplosion handelt.

Das Beleid des Reichspräsidenten

Zus Anlaß des Explosionsunglücks auf der Zeche „General Blumenhal“ hat der Herr Reichspräsident aus Neudorf an die Zecheverwaltung nachfolgendes Telegramm geschrieben:

„Mit tiefer Anteilnahme erhalte ich die Nachricht von dem schweren Unglück auf der Zeche „General Blumenhal“. Ich bitte Sie, den Hinterbliebenen der verunglückten Bergleute den Ausdruck meines warmsten Beileides und den Verleihen meine besten Wünsche für baldige Wiederherstellung zu übermitteln.“

Auch Reichsarbeitsminister Selbte hat an die Zeche „General Blumenhal“ ein Beileidetelegramm gefandt.

Die Unternehmung des Explosionsunglücks

Reddinghausen, 5. Juli.

Der Anlaufschuß der Grubenoberflächensicherungskommission hat bei der bergbehördlichen Untersuchung auf Zeche „General Blumenhal“ festgestellt, daß an einem Schichtbergbauaufbau kurz vor der Explosion Schindeldarben vorgenommen worden sind. Es besteht die Möglichkeit, daß hierin oder in Störungen an elektrischen Einrichtungen die Ursache der Explosion zu suchen ist. Die Unternehmung nimmt ihren Fortgang.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 5. Juli 1933.

Wald rein den Wald!

Holt du gegessen und gerührt und auch geleert die Flasche, So lies die Reite — lei lo gutt süßig wieder in die Tasche. Papier und Glas — das merke nur, Verhöhnern niemals die Natur! (Waldschuttspruch.)

Die Infitte des Wegenerens oder Liegenlassens von Papier, Speiseüberresten, Gläsern und Flaschen im Walde oder in öffentlichen Anlagen ist trotz aller Bemühungen zu ihrer Beseitigung scheinbar nicht auszurufen, wenn man sich lieber immer wieder überzeugen kann. In den Städten ist wohl infolged eine gewisse Besserung eingetreten, als man überall große Sammelwerke mit deutlich sichtbaren Schildern angebracht hat, die dazu auffordern, diese Einrichtung auch zu benutzen, und daß mancher sich dadurch und unter dem Zwang beobachtender Blicke veranlaßt fühlt, der Aufforderung wirklich Folge zu leisten. Draußen im Freien aber, in Wald und Feld glauben die meisten immer noch, sich gehen lassen zu können, ohne zu bedenken, wie häufig eine solche Lagerstätte ausreicht auf der die Ueberreste einer Mahlzeit zurückgelassen worden sind. Sie ist ein Schandfleck in der schönen Natur. Wenn man sich schon die Mühe gemacht hat, seine Ehepartie mit hinauszuheben, ist es nicht zuviel verlangt, die Ueberbleibsel wieder mit nach Hause zu nehmen oder wenigstens Papiere, Obst- und Glasflaschen zu vergraben. Flaschen und Gläser liegen zu lassen oder gar zu zerbrechen, ist ein grober Unfug, weil Kinder oder Erwachsene, die beim Wägen- und Beerensammeln den Wald durchstreifen und die Scherben im Kraut und im Gerümpel nicht sehen, sich daran schwere Verletzungen zuziehen können. Auch das Wild wird durch Glascherben gefährdet. Jeder sollte auf seinen Spaziergängen und namentlich auf Wanderfahrten in größeren Kreise daran denken, daß der Wald nicht nur für ihn allein ist, sondern daß auch alle anderen, die nach ihm dorthin kommen, sich an seiner Schönheit erfreuen und nicht den Eindruck haben wollen, sich auf einem Müllplatz zu befinden, denn Papier und Glas, das merke nur, verhöhnern niemals die Natur!

* Silberne Hochzeit. Am heutigen Tage feiert das Louis Richter'sche Ehepaar das Fest ihrer silbernen Hochzeit. Wir wollen nicht verfehlen, auch an dieser Stelle unsere besten Wünsche darzubringen.

* 1933 — ein schlechtes Wienjahr. Das Jahr 1933 mit seinen kühlen und regenreichen Tagen ist für die Wienzucht außerordentlich unglücklich. Aus Züchterkreisen wird berichtet, daß man, wenn die nächste Winterzucht weiter ansetzt, mit katastrophalen Ergebnissen rechnen. Nachdem schon im April viele Bienen verlorengelangen sind, ist der Ausfall des Haupttrachtmonats Juni derart schlecht, daß die Bienen nicht imstande sind Honig aufzuspeichern. Wenn nicht der Sommer noch einen kleinen Ausgleich schafft, wird die Wienzucht schwer gefährdet.

* Straßensammlungen verboten. Das Reichsministerium des Innern gibt folgendes bekannt: „In der letzten Zeit haben die Straßensammlungen, deren Ertrag zu politischen Zwecken oder zur Verwendung durch politische Organisationen bestimmt ist, vielfach zu Unruhestiftungen geführt, gegen die mir ein Einschreiten im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendig und wünschenswert erscheint. Ich gehe mit daher die Anweisung, beratige Sammlungen von Haus zu Haus, auf Straßen oder Plätzen, in Gast- oder Vergnügungsorten oder an anderen öffentlichen Orten allgemein zu verbieten.“

* Ergebnis der Gartenmeisterprüfung in der Provinz Sachsen im Jahre 1933. Der behördlichen Gartenmeisterprüfung vor der von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen in Halle/Saale eingesetzten Prüfungskommission haben sich 41 Gärtner mit Erfolg unterzogen, die aus allen Teilen der Provinz Sachsen stammen. Sämtliche 41 Prüflinge haben durch die Berechtigung zur Führung des Prädikats „Geprüfter Gartenmeister“ erworben.

* Ergebnis der Gärtnergehilfenprüfung in der Provinz Sachsen im Frühjahr 1933. Im Frühjahr 1933 sind in der Provinz Sachsen von den Prüfungskommissionen der Landwirtschaftskammer insgesamt 285 Gärtnergehilfen aus anerkannten Lehrmittelschulen für Gärtner geprüft worden, darunter 6 weibliche. Die Noten „Sehr gut“ erhielten 16, „Gut“ 77, „Ziemlich gut“ 86, „Genügend“ 80 Prüflinge; 26 Prüflinge haben die Prüfung nicht bestanden.

* Zur Auflösung der Landwirtschaftskammer. Verschiedentlich besteht in den Kreisen der Landwirtschaft die Auffassung, daß durch die Auflösung der Landwirtschaftskammer auch die Kammererleichterungen als solche aufgelöst seien. Dies trifft wie uns die Pressestelle der L.R. mitteilt, nicht zu. Vielmehr arbeiten sämtliche Kammerabteilungen noch wie vor unbeeinträchtigt weiter. Die Auflösung erstreckt sich nur auf die gewählten Abgeordneten der Kammerversammlung.

* Witterfeld. (Landrat Stammer ist nicht aufzufinden). Im Zusammenhang mit der Affäre des Beamtenhaus-Neubaus ist beantragt worden, den sozialdemokratischen früheren Landrat Stammer in Südhagen zu nehmen. Stammer weist aber nicht mehr in Witterfeld. Er soll sich in Berlin aufhalten, ist aber noch nicht aufzufinden.

* Die Wache des Schwerebürgers. Naumburg. Der Wachebürgers Arbeiter Edmund St. ist ein sehr schwerhöriger Mann, glaubt, daß seine Frau mit einem Buchhalter, der bei der Familie zu Mittag aß und den er selbst ins Haus gebracht hatte, ein unerlaubtes Verhältnis habe.

Deshalb bohrte er Löcher in die Schlafzimmertür und leitete einen Gasstrahl aus der Küche hindurch. Nachts drehte er das Gas an, damit seine Frau und seine beiden Kinder, die er auf Seiten der Frau glaubte, sterben sollten. Indessen erwachte die Frau rechtzeitig, so daß der Plan vereitelt wurde. Das kleinere der Kinder war bereits bewusstlos geworden. Obwohl der Staatsanwalt unter Berücksichtigung der guten Witterfeldmerkmale des Angeklagten nur fünf Jahre Zuchthaus beantragte, gelangte das Gericht zu einer achtjährigen Zuchthausstrafe. Außerdem wurde der zu sechzigjährigem Ehrverlust verurteilt.

Flugport muß Volkspart werden!

Flugport muß Volkspart werden. Wir alten Kriegsfieger, wir Jungflieger, wir alle, die wir uns im Deutschen Luftsport-Verband zusammengefunden haben, um aus dem deutschen Volke ein Volk von Fliegern zu machen — denn das ist das hohe, dem D.V.V. von Deutschland's großem Fliegerhelden, Reichsluftfahrtminister Hermann Göring gesetzte Ziel — wir werden alles daran setzen, dieses Ziel zu verwirklichen. Wir werden es schaffen, weil wir es schaffen müssen!

Nur das Volk, das im Weltkrieg der Völker um die Herrschaft der Luft sich den ihm zukommenden Rang zu erringen und zu behaupten vermocht, ist Herr seines Schicksals. Bergesh ist es nie; mit aller Uebert hat man daher auch in Verfall das deutsche Luftfahrt in Ketten gefesselt! Wir haben die Ketten in der Handels- und Verkehrsflugfahrt abbrechen können, aber auch in der Sportluftfahrt sollen sie uns nicht länger mehr die Schwingen lähmen.

Die Reichsregierung kann dem Flugport keine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln gewähren, sie ist durch den Verfall der Verträge daran gebunden. Darum muß das ganze Volk seine Sache selbst in die Hand nehmen und sich einmütig und ohne Ausnahme hinter den Deutschen Luftsport-Verband stellen: Jhr Jungen und Wagemutigen, deren Herz im Überflusse des heftigsten Fliegergeistes unserer großen Helde der Luft höher schlägt, indem Jhr ihre Tradition weiterführt und ausbaut und Jhr Älteren, Jhr anderen alle, die Jhr Euch nicht fliegerisch betätigen könnt, indem Jhr kein materielles Opfer scheut, das gebracht werden muß, um der gemeinsamen großen Sache zum Erfolge zu verhelfen.

Wir alle, Flieger und Nichtflieger, Jung und Alt wollen uns immer zu dem hehren Opfereifer des Altmeisters der Fliegerkunst, des kühnen Pioniers der Luft, Otto Lilienthal, bekennen, dessen ererbter Erbe und das, was man ihn mit gebrochener Mühsal von dem Fluge, der sein letzter werden sollte, ins Krankenhaus schaffte, die Worte fand: „Opfer müssen gebracht werden!“

Dittmar,
Führer der Flieger-Landesgruppe XIII e. V.
des Deutschen Luftsport-Verbandes.

Mit dem Rückenmesser gegen die Ehefrau

Naumburg. Der Konditor E. H. H. Lenz aus Zeitz hatte seine Frau nach einem Streit mit dem Rückenmesser getötet, sie außerdem zu Boden geworfen und vergürtet, bis sie bewußtlos war. Dann hatte er sich aus dem Fenster des zweiten Stocks gestürzt, war aber mit dem Leben davon gekommen. Jzwar beharrte der Konditor die Tat verhoffen, damit die Eltern der Frau dieser nicht zu Hilfe kommen könnten. Das Schwurgericht beurteilte ihn wegen dieser Vorbereitungen zu vier Jahren Zuchthaus.

Der Kraftwagen auf dem Bahnübergang

Wernigerode (Harz). Der Personenzug Nordhausen-Wernigerode erlitt am 2. 7. 33 auf dem Uferwege nach Hotschütz einen mit fünf Personen besetzten Kraftwagen aus Saale, der noch vor dem nahenden Zug den Ueberweg passieren wollte und plötzlich auf den Gleisen stehengeblieben war. Beim Auffahren der Lokomotive auf den Kraftwagen wurde er stark beschädigt und zwei Personen, davon eine schwerer, verletzt. Die Feststellungen haben die Schuld des Kraftwagenführers ergeben, der diese auch eingestanden hat.

Güsten (Anhalt). Todlich überfahren wurde auf der Straße Güsten-Wißersleben der 35jährige Maschinenwärter Bölle, der mit seiner Frau eine Radtour unternahm. Der Führer des Unglücksbusses, ein Wernigeroder Kraftwagenführer, behauptet, die Radfahrer nicht gesehen zu haben, zumal er wegen eines entgegenkommenden Fahrzeuges abgelenkt worden sei.

Selbstmord in der Werkstatt

Sab Euders (Hörsz). Beim Arbeiten an der Holzbearbeitung wurde ein Baumunternehmer von einem Holzstiel getroffen, das zwischen Riemen und Riemenstöße geraten war. Das Holzstiel traf ihn mit solcher Wucht vor die Brust, daß der Tod eintrat.

Zwei alte Frauen niedergestochen

Saltzwedel. Der Mörder Schulz aus Klingar, der mit seiner Familie in Streit geriet, kam bei den Auseinandersetzungen so in Wut, daß er seine 70jährige Ehefrau und eine ebenfalls 70jährige Nachbarin, die den Streit schlichtete, mit der Dinsgabel schwer verletzte. Ein Schweregericht erntte ihm die Dinsgabel, darauf drohte er, ihn mit der Dinsgabel niederzuschlagen, was aber der inzwischen herbeigerufene Landjäger verhindern konnte. Dem Mörder, der seithergenommen werden sollte, gelang es in einem unbedachten Augenblick, zu entkommen.

Zus Verzeihung zum Verbrecher

Schwinitz. Der 63jährige Gastwirt Gustav Hesse aus Schwinitz hatte sich vor dem Vorgänger Landgericht wegen Brandstiftung und Vermögensbetrugs zu verurteilt. Hesse hatte vor genau sechs Jahren sein Grundstück angezündet, das vollkommen niederbrannte. Der Verdacht der Brandstiftung war feinerseits nicht zu bestätigen, doch drang immer mehr an die Öffentlichkeit, daß der Täter sei. Vor der Staatsanwaltschaft legte Hesse jetzt ein umfassendes Geständnis ab und erklärte schuldig vor Gericht, daß er sich das Leben nehmen oder alles anzünden wollte, weil er einen anderen Ausweg nicht mehr sah. Selbst der Staatsanwalt hatte den Eindruck in der Verhandlung, daß Hesse keine Tat bereue und billigte ihm mildernde Umstände zu. Das Gericht verurteilte ihn zu 1½ Jahren Zuchthaus, diese Strafe nahm der Angeklagte auch sofort an.

Herzberg (Elster). In rasender Fahrt fuhr der Sohn des Herrers aus Collochau (Kr. Schweinitz), der Bankbeamte Hellmann, mit seinem Motorrad an „Heiteren Tagen“ in Wittenberg, gegen einen Kraftwagen. Er wurde noch einige Meter mitgeschleift und wurde außer einem Beinbruch schwere Verletzungen der Schädelbasis.

In die Elbe geschickt und ertrunken

Zerger. Bei den Einrichtungsarbeiten des Brückenbogens an der Elbbrücke für am Dienstag der Elektromonteur Gerlin der Baufirma „Dortmund und Union“ drang immer mehr an die Öffentlichkeit, daß der Arbeiter von Menschen, die den Arbeiten zusehen, niemand verurteilte, den um Hilfe rufenden Arbeiter zu retten, der bald darauf in den Fluten verdrunken. Endlich freigemachte Röhre sowie ein Regierungsdampfer kamen zu spät.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt.“ - Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Randorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. - Im Falle höherer Gewalt Betriebsänderung Streik usw. erschießt jeder Anzeiger auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 3spaltige Postzeitung oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Postzeitung 40 Pfg., Ausschlagsbeilage 50 Pfg. / für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Übergabe unbedingt gesicherter oder durch Fernsprecher aufgenommener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagsgebühren: 10.- M. das Land, zuzüglich Postgebühren. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 78

Donnerstag, den 6. Juli 1933

35. Jahrg.

„Helft uns retten!“

Hilfsaktion für die Deutschen in Rußland.

Berlin, 5. Juli.

Die im Reichsausschuß „Hüter in Not“ zusammengeschlossenen vorkommunistischen und kirchlichen Verbände erlassen einen Aufruf, in dem auf die Hungertatrasse in der Sowjetunion hingewiesen wird, in die 1 1/2 Millionen deutscher Völkchen und Glaubensgenossen mit hineingeworfen sind. Sehtausende der treuesten und tüchtigsten deutschen Menschen würden von der Hungertatrasse dahingerafft. Es heißt dann:

„In unerbittlicher Treue zu unserem Volkstum wenden wir uns an das gesamte deutsche Volk mit dem Ruf: Helft uns retten, es ist jetzt so. Wir dürfen unsere Volksgenossen nicht der Vernichtung preisgeben.“

Jeder Deutsche beweist die Verbundenheit mit seinen Brüdern, die in Not und Tod verfallen, durch ein Opfer für die allgemeine Volksammlung. Alle Spenden fließen auf das Postcheckkonto „Hüter in Not“, Berlin 85 000.

Im Namen der christlichen Nächstenliebe und der Menschlichkeit rufen wir unsere Freunde in aller Welt auf, teilzunehmen am Rettungswerk für die hungernden Millionen in Rußland.

Den Hungererod vor Augen

Auf einem Presseempfang des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland wurden erschütternde Mitteilungen über die Lage des Deutschtums in Rußland gemacht. Geheimrat Cleinow betonte, daß von allen in der Sowjetunion vereinigten Völkern die deutsche Nationalität durch den Bolschewismus kulturell und wirtschaftlich am schwersten getroffen ist. In diesem Jahre sieht Rußland vor einer totalen Hungersnot, deren Gründe in der Bauernlosigkeit der letzten fünfzig Jahre liegen. Der Bauer sticht in die Städte, um sich vor den Verhungern zu retten und dort finden sich überall die Deutschen als Kinder einer ebenso hungertigen zwangsjähig überlegenen Mehrheit aller anderen Nationalitäten gegenüber.

Die Not der Deutschen in Rußland sei so groß, daß sie durch Repressalien der Sowjetregierung kaum noch vergrößert werden könne. Wir brauchen deshalb nicht zu fürchten, die Lage unserer Volksgenossen zu verschlimmern, wenn wir in einem geeigneten Propagandafeldzug zu ihren Gunsten eintreten.

Professor Dr. Galleit-Chicago schilderte dann seine Eindrücke und Erlebnisse in Sowjetrußland, die gewaltige Hungersnot, die schon im Dezember einsetzte. Immer dringlicher würden die Hilferufe der deutschen Kolonisten. In manchen der uhrigen Dörfern sei schon ein Viertel der Bevölkerung Hungers gestorben. Bei vorzüglicher Schichtung seien in den letzten Monaten rund

100 000 deutsche Kolonisten in Sowjetrußland verhungert. Wenn nicht sofort umfassende Hilfsmaßnahmen getroffen würden, müßte das gesamte Rußland-Deutschtum untergehen. Die Zahl der nach Sibirien verbannten deutschen Kolonisten schätzte der Redner auf 70 000, die dort in über hundert Lagern langsam vernichtet würden.

„Parlament wird weiterbestehen . . .“

... aber in veränderter Form und Art.

Auf einem staatspolitischen Abend sämtlicher Beamten, Angestellten und Lohnempfänger der Verwaltung des preussischen Landtags hielt der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Schulze-Wehungen ein bedeutungsvolles Referat über „Das deutsche Volkstum, die Grundlage des neuen Staates“. Er unterstrich die Verbundenheit des deutschen Volkes mit dem deutschen Baden und die hohe Bedeutung der Rassenfrage für das deutsche Volkstum. Beide wichtiger Grundzüge seien einer der Ausgangspunkte für den nationalsozialistischen Staatsaufbau.

Was die besonderen Belange der Parlamentsbeamten betrifft, so sei zu sagen, daß Parlamentarismus in der alten Form zwar erledigt sei, daß aber das Parlament weiterbestehen werde, wenn auch in ganz veränderten Formen. Es werde die Aufgabe haben, an Stelle von leeren Worten tatsächliche Arbeit zu leisten, die allerdings nur bei zehnmäßig geringer Bestehen Parlamenten möglich sei.

Der Beamten-Gaueinigungsleiter Gottschalk gab seiner Besonderen Befriedigung über den vorkommunistischen Charakter der Tagung Ausdruck, da sich Beamte, Angestellte und Arbeiter gemeinsam eingefunden hatten. Für die NS-Beamtenfachgruppe beim preussischen Landtag appelliert deren Leiter, Registrator Keil, an die Teilnehmer, sich an der Arbeitspende zu beteiligen.

Bayerische Volkspartei aufgelöst

Erklärung des Grafen Quadt-Jong.

München, 5. Juli.

Der ehemalige Staatsminister und Reichstagsabgeordnete Eugen Graf Quadt-Jong gibt eine Erklärung bekannt in der er u. a. heißt:

Im Benehmen mit der bayerischen Staatsregierung erkläre ich als Bevollmächtigter der Landespartei der Bayerischen Volkspartei, daß mit dem heutigen Tage jede

Tätigkeit der BVP. aufgehört hat und ihre Mitglieder aus dem Treueverhältnis zur Partei entlassen sind. Die Partei ist praktisch damit aufgelöst.

Durch die nationalsozialistische Revolution gibt es außerhalb der NSDAP. keine politische Wirkungsmöglichkeit mehr. Es ist deshalb für jeden bisherigen Angehörigen der BVP. der Weg frei, unter der unmittelbaren Führung Adolf Hitlers am Aufbau des neuen Deutschland mitzuwirken.

Graf Quadt hat seine Aufnahme in die NSDAP. beantragt und gleichzeitig um Aufnahme als Hospitant in die nationalsozialistische Reichstagsfraktion gebeten. Außerdem forderte er diejenigen Mandatsträger der bisherigen Bayerischen Volkspartei, die für einen solchen Schritt in Frage kommen dürften, auf, seinem Beispiel Folge zu leisten oder durch Mandatsübertragung den Erkrankten die gleiche Möglichkeit einzuräumen.

Es sinkt die letzte Säule . . .

Heute Zentrumskassenscheidung zu erwarten.

Berlin, 5. Juli.

Es dürfte nunmehr heute mit der endgültigen Entscheidung über die Auflösung der Deutschen Zentrumspartei zu rechnen sein.

Die Fühlungnahme mit den führenden Männern der ZDP. ist soweit geblieben, daß ein Abkommen vorbereitet werden konnte, durch das den positiv tätigen Kräften der bisherigen Zentrumspartei auch weiterhin eine politische Betätigung ermöglicht werden kann. Der mit allen Vollmachten ausgestattete Reichsführer des Zentrums, Reichsminister A. D. Dr. Brüning, dürfte daher morgen die Auflösung der Deutschen Zentrumspartei verkünden.

Da inzwischen auch die Deutsche Volkspartei sich aufgelöst hat, sind mit der Auflösung der Deutschen Zentrumspartei sämtliche politischen Parteien neben der NSDAP. von der Bildfläche verschwunden.

66 Millionen Einwohner

Die ersten Volkszählungsergebnisse.

Nach den im letzten im Reichsamt zusammengestellten vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung vom 16. Juni 1933 beträgt die ortsanwesende Bevölkerung des Deutschen Reiches ohne Saargebiet 65,8 Millionen Einwohner.

Zusammen mit den rund 830 000 Einwohnern des Saargebietes ergibt sich eine Gesamtbevölkerung von 66,6 Millionen.



Das neue Reichsbeamtengefeß

Nichtarier sind ausgeschlossen.

Ein neues Geß zur Aenderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts ist veröffentlicht worden. Das Geß enthält in dreizehn Kapiteln und achtzig Paragraphen einschneidende Bestimmungen, die in wesentlichen Punkten das bisherige Beamtenrecht abändern. Das Beamtenverhältnis wird von der Ausbändigung

seiner Urkunde abhängig gemacht. Als Reichsbeamter darf nur berufen werden, wer die für seine Laufbahn vorgeschriebene oder übliche Vorbildung oder sonstige Eignung für das Amt besitzt und die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit rüchlos für den nationalen Staat eintritt.

Aber nicht arischer Abstammung oder mit einer Person nicht arischer Abstammung verheiratet ist, darf nicht als Reichsbeamter berufen werden. Reichsbeamte arischer Abstammung, die mit einer Person nicht arischer Abstammung die Ehe eingehen, sind zu entlassen.

Aber vor dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen als Beamter in den Reichsdienst berufen worden ist, ist Reichsbeamter im Sinne des Reichsbeamtengeßes, auch wenn er die obengenannten Urkunde nicht erhalten hat.

Die Deutsche Reichsbeamtengeß, die Reichsamt und die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften sind ermächtigt, gleichartige Vorschriften zu erlassen.

Weibliche Personen dürfen als planmäßige Reichsbeamte auf Lebenszeit erst nach Vollendung des 35. Lebensjahres berufen werden. — Das Geß über die Rechtsstellung der weiblichen Beamten vom 30. Mai 1932 erhält u. a. folgende Fassung:

Die vorgelegte Dienstbehörde hat die Entlassung auch ohne diesen Antrag zu verfügen, wenn die wirtschaftliche Versorgung des weiblichen Beamten nach der Höhe des Familieneinkommens dauernd gesichert erscheint. Diese Voraussetzung liegt stets dann vor, wenn der Ehemann untüchtig angestellter Beamter ist.

Beschlüsse des Reichstabinetts

Berlin, 5. Juli.

Das Reichstabinetts verabschiedete das vom Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda vorgelegte Geß über Vermittlung von Auskaufungsreden. Im Anschluß hieran fand eine eingehende Aussprache über allgemeine politische, wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen statt.

Die Eingliederung des Stahlhelm

Dem Befehl der Obersten SA-Führung unterstellt.

Berlin, 5. Juli.

In der parteiamtlichen, vom Führer der NSDAP. erlassenen Verordnung über die Eingliederung des Stahlhelm wird u. a. ausgeführt:

Der gesamte Stahlhelm tritt unter den Befehl der Obersten SA-Führung und wird nach ihren Richtlinien neu geordnet.

Der Jungstahlhelm und die Sporteinheiten werden durch die Stahlhelmdienststellen auf Befehl der Obersten SA-Führung entsprechend den Gliederungen der SA. neu zusammengefaßt.

Diese Umstellung muß bis zu einem Zeitpunkt beendet sein, den die Oberste SA-Führung noch bestimmt. Für die übrigen Teile des Stahlhelm gibt der Bundesführer die erforderlichen Befehle.

Als Zeichen der Verbundenheit des Stahlhelm mit der nationalsozialistischen Bewegung tragen die Teile des Stahlhelm die farbige Armbinde mit schwarzem Hakenkreuz auf weißem Grund.

Dem Jungstahlhelm und den Sporteinheiten verleihe ich als einem Teil meiner SA. deren Armbinde und das an der Mäule zwischen den Knorben zu tragende Sportabzeichen. geg. Adolf Hitler.

Stahlhelmstudenten und NSDAP

Berlin, 5. Juli.

Die NSR. veröffentlicht eine Vereinbarung, die zwischen dem Stahlhelm-Studentenring Langemard und dem NSD.-Studentenbund getroffen worden ist. In der Vereinbarung heißt es u. a.:

Der Stahlhelm-Studentenring Langemard unterstellt sich dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund. Dr. Rietzsch wird als Führer des Stahlhelm-Studentenringes Langemard in die Bundesleitung des NSD.-Studentenbundes. Die vom Bundesführer des Stahlhelm angeordnete Aufnahmeperiode gilt sinngemäß und für die gleiche Zeitdauer für den Stahlhelm-Studentenring Langemard.

Nachdem der Einbau des Stahlhelm in die NSDAP. vollzogen ist, haben die Regierungspräsidenten der Provinzprovinz in Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten die am 20. Juni für ihren Bezirk angeordnete Auflösung der Stahlhelmformationen mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Ergebnis der Volkszählung in Preußen

Faß 40 Millionen Einwohner.

Berlin, 5. Juli.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, betrug nach der Volkszählung im Juni 1933 die Gesamtzahl der ortsanwesenden Bevölkerung in Preußen 39 958 073. Davon waren männlich: 19 448 340, weiblich: 20 509 733.

Bei der Volkszählung im Jahre 1925 hatte die Gesamtzahl der preussischen Bevölkerung 38 241 253 betragen.